

Rotterdam, 8. Juli. Das neue japanische Flottenprogramm sieht bis 1923 den Bau von 8 Schlachtkreuzern und 6 Kreuzern vor.

Rotterdam, 8. Juli. Die indische Kriegskonferenz in London hatte ein mögliches Ergebnis. Die Kriegsauszeichnungen und die Ketrurierungsergebnisse waren summierbar. Die indischen Domänen hatten die Konferenz vor der Abdankung verlassen.

Genf, 8. Juli. In Paris begann die Vorbereitung für die französisch-amerikanische Truppenverteilung am 24. Juli. Berlin wird eine Teilnahme des Präsidenten Wilson verleidet.

Berlin, 8. Juli. Die Aufwandsgelder für den Brüderhaushalt des Reichstags betragen nach der Ergänzung des Reichshaushaltsgesetzes 1918 30.000 Mark.

Deutscher Reichstag.

(122. Sitzung.)

CB. Berlin, 2. Juli.

Der heutige Tag gehörte zu einem schönen Teil den Reden der Lizenzen, die zuerst im Worte kamen. Das mächtige Haus folgte Herrn Scheidemanns Ausführungen über die Kriegsergebnisse noch mit Aufmerksamkeit. Herr Ledebour von der U. Soz. stand aber nur wenig Rede. Die Sitzung wurde mit einer Verabschiedung eröffnet.

Am Ende des Bundesstaates: v. Payer, v. Kühlmann, v. Capelle, Wallraf.

Aufschlüsselung auf die Tagesordnung gesetzt wird eine Ergänzung zum Haushaltsgesetz, in der dem Reichstagspräsidenten 30.000 Mark Aufwandsentschädigung zugeworfen werden.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Dritte Lesung des Haushaltsgesetzes.

Herr Scheidemann (Soz.): Es gibt kaum etwas Abschreckendes als die Kriegsergebnisse auf offene Städte außerhalb der Kriegszone. Den feindlichen Siegern ist die Verbündung von Munitionslogen, die Beschaffung von Eisenbahnmaterialien in unserem Lande nicht gelungen. Ob es unseren Siegern gelungen ist, erheblichen militärischen Schaden anzurichten, weiß ich nicht. Aber ich weiß, daß durch die Kriegsergebnisse schon viele Hundert unbeschädigte Frauen, Männer und Kinder getötet und verstimmt worden sind. Bei uns wird die Berichterstattung über Kriegsergebnisse meistens unterdrückt. Das in Süddeutschland fortwährend ermordet wird an Frauen und Kindern, das erfahren Sie in Berlin nicht! (Wort, dorthin!) In Mainz sind erst am Sonnabend ein Kriegsergebnis statt. Nur einem Satz ist es zu verdanken, daß die Bünden nicht auf einen Markt stießen und Hunderte von Frauen und Kindern getötet wurden. Es ist richtig, daß die Engländer auch den Krieg gegen Frauen und Kinder mit dem Versuch der Zersetzung begonnen haben. Trotzdem sollte die deutsche Regierung die Initiative ergreifen und eine Verständigung über Kriegsergebnisse versuchen. Wie es möglich gewesen ist, zu einer Vereinbarung über den Gefangenenaustausch zu kommen, so muß es auch möglich sein, zu einer Verständigung zu gelangen. Der Redner kommt dann auf die politisch-militärische Lage zu sprechen und meint, daß wir vielleicht unsern Freunden den Frieden aufzwingen können, den Weltfrieden aber können wir durch das Schwert nicht erreichen. Es gibt für uns nur eine Forderung: Schluss mit dem Krieg! Schluss mit Ehrenlosigkeit!

Herr Ledebour (L. Soz.): Ich lehne es ab, gleich dem Vorender Rechte vorzutragen, wie man besser hätte Weltpolitik treiben müssen, als es unsere Regierung getan. Als der Redner erkläre, er wie das Volk zur Revolution auf, erhält ungeheure Rührung im Hause. Redner erwähnt einen Ordnungsgruß.

Platzhalter v. Payer: Der Herr Scheidemann hat, wenn ich ihm recht verstanden habe, erklärt, daß seine Partei gegen den Totalen. Diese Demonstration werden wir ertragen müssen. Glauben Sie aber, daß Sie der Seite des Reiches des Volkes und des Reichstages damit einen Dienst erweisen? Auf die Friedensfrage lasse ich mich nicht ein. (Unruhe links.) Nach den Erörterungen, die wir immer wieder gemacht haben und nochmals nun im Auslande unsere Erfahrungen zusammengestellt haben, ist es unmöglich, daß wir innerhalb eines Monats eine Friedensvereinbarung schließen können. Ich glaube, wir sind über diese Formulierung hinausgegangen. (Wort, dorthin!) Bewegung im ganzen Hause, alle Ausschreibungen interessieren sind jetzt umsonst. Der Frieden wird erst in dem Augenblick kommen, wo der Friedenswillen und der Friedensvertrag unserer Gegner geschlossen sein wird. Alle Verhandlungen vorher kann Frieden nicht bringen. Zu meinem Bedauern hat dann der Herr Scheidemann über ein Bild von dem Grafen zwischen Oberster Heeresleitung und Generalleitung gesprochen, das nach meiner Meinung überzeugend fallen läßt. (Widerwort links.) Das hätte nicht in dieser Weise hier ausgesprochen werden sollen. (Große Unruhe links!) Die Oberste Heeresleitung ist nicht über jede Kritik erhaben. Wir sollten aber nie vergessen, was wir ihr schulden. Wenn es verfügt, verleiht das Gefühl der Wehrhaftigkeit des Volkes. (Wort, dorthin.)

Rote Rolen.

Roman von H. Courths-Mahler.

Jostas Tagebuch.

21]

"Es wäre schließlich das Gescheiteste, wenn Graf Rainer die Witwe seines Bettlers heiraten würde. Er findet ganz sicher keine andere Frau, die so vorzüglich in das Milieu dieses Schlafes paßt, als sie. Und sonst paßt alles vorzüglich zusammen. Sie haben beide das entsprechende Alter, sind beide ausgewählte, schöne Menschen, elegante, aristokratische Musterexemplare, und beide haben die gleichen geistigen Interessen. Sie ist die entzückendste Repräsentantin dieses feudalen Schlosses, und er ist ein Ritter ohne Durch und Tadel. Die Gräfin hat zwar schon einige Ehejahre hinter sich, aber Graf Rainer wird auch kein unbeschriebenes Blatt mehr sein. Man müßte da ein wenig Vorstellung spielen. Es wäre ja schade, wenn diese charmante Frau den Platz als Herrin dieses Hauses verlassen müßte! Und heiraten muß Graf Rainer doch eines Tages, obwohl er seine große Lust dazu zu haben scheint. Er ist aber durchaus der Mann, um eine Frau glücklich zu machen, und es hat gar keinen Zweck, daß er noch immer Junggeselle ist." Und aus diesen Gedanken heraus sagte sie höchstlich: "Meinen Sie nicht, Gräfin Gerlinde, daß es nun höchste Zeit wäre für Graf Rainer, sich zu verheiraten? Wenn er nicht rettungslos als Hagedorn verflümmeln will, muß er doch nun endlich Anstalten machen."

Die Gräfin Gerlinde Antlitz stieg eine leise Röte. Über sie zuckte nachlässig die schönen Schultern und lächelte wie in leichter Schelmerei, die ihr entschieden stand.

"Auf meine Meinung kommt es hier nicht an, liebe Gräfin Gerlinde!"

"Aber Sie wissen doch jedenfalls, wie er darüber denkt."

"Stein — gar nicht."

"Haben Sie auch keine Ahnung, warum er sich bisher noch nicht verheiraten hat?"

einem Kriege wird es immer Meinungsverschiedenheiten zwischen Heeresleitung und ziviler Führung geben. Es kommt in seinem Lande gefehlt, aber der Rest kann nicht bestehen. Daraus folgt, daß die beiden Instanzen sich bestimmen werden und zusammenarbeiten. Wo ist bei uns die Regierung, die vor der Heeresleitung favorisiert hätte? (Unruhe links.) Den freundlichen außen Platz hat Herr Scheidemann, die Regierung sollte sich zurückziehen, kann sich und können die anderen Herren an meiner Seite nicht annehmen. Wie sind nicht um unsere Person, sondern um das Vaterland, und wir haben die Pflicht, uns zu verteidigen. Wir haben noch einen weiteren Weg zu gehen, allein er wird zum Erfolg führen, zu dem Frieden der Verständigung, den wir als wünschlich. (Wort, dorthin rechts. Unruhe links.)

Herr Graf Ledebour (Soz.): Die Sozialdemokraten haben es leicht, den Total abzulehnen. Sie werben es über vor der Bevölkerung und vor dem Volke schwer verantwortbar. Die Rede des Herrn Scheidemann zieht eine Folge der jüngsten Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann zu sein. Was er über die Stimmung im Volke gelagt hat, ist zum mindesten stark übertrieben. Von Rot und Gewalt kann nicht die Rede sein. Wenn wirklich Rot herrschen sollte, so wäre es darauf auszuführen, daß bis jetzt noch dem Regenten der Sozialdemokraten regiert worden ist. Sie waren es, die so sagten, daß die Kriegsergebnisse schwächer seien als die Wiederaufrüstungskriege. Wäre es nach dem Willen Englands gegangen, so wären Hunderttausende Frauen und Kinder getötet worden. Herr Scheidemann lagte mit Recht darin, daß inzwischen aus den Erklärungen eine Lehre gezogen und Scheidemann hätte es auch tun sollen. Wenn vor diese Lehre nicht stehen, dann erst werden wir den Krieg verloren haben. Nicht die Politik der Sozialdemokraten ist es, die uns den Frieden näher gebracht hat, es sind vielmehr untere militärische Erfolge. Die Regierung darf nicht zum Wiederaufrüstungskrieg der Politik der Sozialdemokraten werden. Wenn Scheidemanns Reden längst vergeben sein werden werden Hindenburgs Taten noch fortleben. (Wort, dorthin.)

Herr Dr. Thomas (Soz.): Was deutlich ist, muß deutlich bleiben. Erst wenn England das zugelebt, werden wir den Frieden näher kommen.

Herr Scheidemann (Soz.): Wer verhindert die Auflösung des Abgeordnetenkörpers? Wer veranlaßt die Aufrichterhaltung des Belagerungszustandes? Wer hat die Reden Schümannszensiert? Das alles ist und tut die Oberste Heeresleitung. Mit einem Zusammensetzen der Obersten Heeresleitung und der Heeresleitung sind auch wir einverstanden. Das darf aber nicht so geschehen, daß der eine Teil nur tut, was der andere distilliert.

Herr Ledebour (L. Soz.): Ich betone gleichfalls, daß die Oberste Heeresleitung sich in Fragen der inneren Politik einmischt.

Daraus wird die Generaldebatte geschlossen. In der Spezialdebatte, in der der Staat des Reichskanzlers genehmigt wird, wünscht Herr Dr. v. Bassermann (Volks) bei der Neuordnung Polens Berücksichtigung besondere polnische Wünsche.

Es folgt die Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes. Mit der Spezialdebatte wird die Verordnung des rumänischen Friedensvertrages verbunden. Herr Dr. v. Kühlmann (nat.) erinnert hierbei an einstündiges Referat über die Auslandsumverhandlungen.

Herr Graf Praschka (St.): Wir sind im allgemeinen mit dem Friedensvertrag einverstanden. Die wirtschaftlichen Vorteile sind nicht zu unterschätzen.

Wetterberatung morgen.

Der Kühlmann-Prozeß.

Berlin, 8. Juli.

Mit Spannung erwartet man den für morgen festgelegten Beginn des Prozesses gegen den Redakteur des "Deutschen Zeitung", Dr. Lohmann, und den Redakteuren der "Alldeutschen Blätter", Dr. Dunckl. Karten zum Bühlertor zum nicht ausgetragen worden. Die Anklage hat folgende Vorwürfe: Der Vorsteher des "Alldeutschen Verbandes", Justizrat Lohmann in Mainz, habe sich in einer Verbandsversammlung davor geäußert, daß in unteren wichtigen Ämtern einige Persönlichkeiten hätten, die in öffentlicher Beziehung und in bezug auf ihr Verantwortungsgefühl den Anwälten nicht genügen, die man an politische Führer stellen müsse. Im Anschluß daran veröffentlichte die "Deutsche Zeitung" einen Artikel, der direkt den Staatssekretär Dr. v. Kühlmann als eine solche Persönlichkeit bezeichnete und ihm zum Vorwurf mache, daß er unter besonders erschwerenden Umständen die Würde des Deutschen Reiches, den deutschen Namen im Auslande durch sein Verhalten herabgesetzt habe. In einem zweiten Artikel der "Deutschen Zeitung" wurden die Anschuldigungen gegen Herrn v. Kühlmann unterstrichen und ergänzt, auf angebliches "Sich-ausleben" des Staatssekretärs während seines Aufenthalts in Bülkau angewiesen und daraus der Schluss gezogen, daß Herr v. Kühlmann sich durch dieses Verhalten als un-

tauglich zum Amt des Staatssekretärs erwiesen habe. — Dasselbe Thema mit derselben Schlusfolgerung wurde dann noch in einem Artikel der "Alldeutschen Blätter" behandelt.

Die Angeklagten wollen für die Stichhaltigkeit ihrer Behauptungen den Beweis der Wahrheit erstreben. Es werden etwa 20 Zeugen — unter ihnen Staatssekretär v. Kühlmann — vernommen werden. Man rechnet mit einer dreitägigen Dauer des Prozesses.

Organisationsmängel in der Kriegswirtschaft.

Von Dr. Alfons Goldschmidt, Berlin.

Der Fall Scheidemann, der längst die gesamte deutsche Presse beschäftigte, zwinge uns, die Lehren aus solchen Vorfallen für unsere Kriegswirtschaftliche Organisation zu ziehen. Die Scheidemann-Gesellschaft, die die industrielle Verwendung von Kohlen betrieb, hatte mit Billigung der Reichsbehörden Angebote ihres Betriebes in eine Kriegswirtschaftliche Kontrollstelle abgeordnet. Sie zahlte diesen Angestellten die Gehälter weiter, während die Kontrollstelle sie ohne Honorar verpflichtet beschäftigte.

Man braucht kaum die Gefahren zu schildern, die daraus entstehen können. Es waltet hier eine Unternehmensverbindung vor, die auf alle mögliche Weise zum Ausdruck kommt. So werden Leute in der Organisation ange stellt, die als Kriegswirtschaftliche Beamte Unternehmer solcher Betriebe bleibend, die von der betreffenden Behörde kontrolliert werden müssen. Es gibt Abhängigkeiten dieser Verbindung, aber Gefahr für die Objektivität der Kriegswirtschaftlichen Regelung besteht in jedem Fall. Ferner ist in diesem Zusammenhang aus jene Beiträge hinzuweisen, durch die Kriegswirtschaftliche Beamte privatwirtschaftlichen Unternehmungen oder privatwirtschaftlichen Verbänden verpflichtet werden. Oft handelt es sich zwar nur um Vertragsabschließungen, aber auch gegen derartige Verpflichtungen sind ernste Bedenken gestellt. Der Kriegswirtschaftsbeamte soll sich während seiner Amtszeit von Privatinteressen, die irgendwie mit seinem Amt in Widerspruch stehen, oder in Widerspruch geraten könnten, abgrenzen, dagegen fernhalten. Er hat die Pflicht, durchaus gerecht bei der Regelung zu verfahren. Er darf unter gar keinen Umständen ein anderes Maß als das Maß der Bedeutungswürdigkeiten und der Willigkeit anwenden. Sonst gibt es Bevorzugungen, Vernichtungen oder verzerrte Selbständigkeit, überflüssige Stilllegungen und dergleichen. Die Kriegswirtschaftsorganisation darf nicht von privatwirtschaftlichen Betrieben zu Vereinbarungen abgeschlossen werden. Leider ist dieser doch selbstverständliche Grundsatze keineswegs immer beachtet worden.

Deshalb sehen wir auch ein erstaunliches Dokument der Großbetriebe, während viele kleine und mittlere Unternehmen erheblich geschwächt oder gänzlich lösungsfrei worden sind. Wir sehen eine höchst bedenkliche Vermögensverteilung, die gar nicht möglich gewesen wäre, wenn die Organisation nicht besonders den Großbetrieb als auf die Landwirtschaft, wie auch auf den Handel zu Mainz seit einiger Zeit wieder bestrebt, den Handel in Großkünder den Vorrang vor dem Kleinkünder. Es hat innerhalb der Organisation eine ganz andere Stellung und Macht als der kleinwirtschaftliche Betrieb. Da der schwache Handelsbetrieb wird durch die Organisation von den Großbetrieben viel abhängig als er im Frieden war. Der Großkünder wird nicht selten in den Stand gesetzt, sich neue Kunden zu erwerben, während dem nicht so günstigen Händler die Kundenschaft weggenommen wird. Noch lebt ehemalige Statuten deutscher Händlerorganisationen durch. Man wird finden, daß die Organisation den Großkündern einen viel zu starken Einfluß auf die Gestaltung des Handels im Kriege und damit auch in der Übergangszeit eingeräumt hat. Von Staatssozialismus kann unter solchen Umständen gar keine Rede sein. Eine sozialistische Organisation soll ganz auf auf die Befreiungsgerechtigkeit berufen, sie soll dafür sorgen, daß ein jeder bekommt, was ihm aufsteht, ein jedes Verbraucher, Erzeuger und Händler.

Man wird nicht behaupten können, daß die Kriegswirtschaft diesem Ideal auch nur nahe kommt. Im Hinblick auf die mancherlei offensichtlichen Unzulänglichkeiten ist es begreiflich, wenn aus den verschiedenen Lagern unzähliger der Schleunigste Abbau der Kriegswirtschaftsorganisation erstrebt wird. Man wird den Männern aus Hamburg zustimmen, die furchtlich ihre Ansicht über die Unverträglichkeit der Organisation den Reichstagsabgeordneten deutlich vorgetragen haben. Die Menschen

einen Wink geben. Männer sind manchmal so unständig in den einfachsten Sachen. Und — um etwas anderes zu kommen, siebzehn Gräfin Gerlinde. Sie sollten nun wirklich die Trauerkleider ablegen. Zum Sonntag in einen hellen Kleide zu uns."

Gräfin Gerlinde seufzte, als fiel ihr diese Bemerkung schwer.

"Nun also — Ihnen zuliebe, Frau Baronin. Ich weiß ja, aus Rücksicht für meine Umgebung muß ich die Trauerkleider nun ablegen."

"Ganz recht. Und förmlich — in den Kleiderständer die Trauer nicht. Wenn Sie im Herzen Ihren Gatten noch nachtrauern müssen, dann bedarf es des schwarzen Kleider nicht. Aber Sie sollten sich auch selbst dem Leben wieder zuwenden. Die Toten lassen man mit aller Trauer nicht wieder erwachen, und Sie sind noch zu jung sich auf die Dauer vom Leben abzuschließen. Das Leben ist doch zu schön, um es zu unglücklich Trauer zu vergeuden. Nun will ich aber aufbrechen, meine liebste Gräfin Gerlinde. Sonntag also auf Wiedersehen. Und höchstlich bringen Sie Graf Rainer mit."

Die Gräfin geleitete ihren Gast bis zu ihrem Wagen und tauschte noch allerlei Liebeswürdigkeiten mit ihr aus.

Grußend und winszend fuhr die lebhafte Baronin davon. Gräfin Gerlinde stand noch eine Weile und sah in Gedanken verloren dem Wagen nach. Als sie sich dann umwandte, um wieder hineinzugehen, sah sie den Administratore Heilmann von dem Offizielle herüberkommen. Das war ein hagerer, schniger Mann von etwa fünfzig Jahren mit eisernen Muskeln und einem ungemein energischen Gesicht. Dies Gesicht war so sonnenverbrannt, daß es wie mit Leid überzogen aussah, und ganz seltsam wirkten darin die wasserblauen oder scharffolzenden Augen, die unter buschigen, weiß-blonden Brauen hervorliefen. Ein starler, blonder Schnurrbart wirkte ebenfalls sehr hell in dem braunen Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

Großes Hauptquartier, 4. Juli. (Wib. Amt.) Eingegangen nachmittags 1/2 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Die Geschäftigkeit lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf.

Seit früher Morgen starkes Feuer des Feindes beiderseits der Sonne. Hier haben sich Infanteriekämpfe entwickelt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Heftige Angriffe der Franzosen nördlich der Aisne. Ostlich von Moulin-sous-Louvent wurde der Feind im

wurden nur gern kontrollieren lassen, wenn die Kontrolle überflüssig und völlig obsolet wäre. Das ist sie nicht während des Krieges und würde sie auch in der Überwachung nicht sein. Der ganze Apparat ist viel zu aufwendig und zu kostspielig. Deshalb muss er möglichst bald abmontiert werden.

Die „Spanische Grippe“.

Nach den vorliegenden Mitteilungen scheint sich die zuerst in Spanien aufgetretene seltsame Epidemie immer mehr auszubreiten. Wie das V. T. mitteilt, erklärt der Vorsteher der bakteriologischen Abteilung des städtischen Medizinalamtes Dr. Sellmann, daß es sich nach den bisherigen Beobachtungen um eine Influenza-Epidemie handle, wie sie in den Jahren 1889 bis 1893 ganz Europa überzogen habe. Ein wirkliches Vorbeugemittel gegen die Erkrankung gebe es nicht. Bisher sei bei den Erkrankungen noch kein Todesfall vorgekommen.

Zu einem Mitarbeiter derselben Blätter hat sich Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Friedrich Kraus u. a. geäußert: Ich kann Ihnen Auskunft geben, daß die Art dieser Epidemie bisher im allgemeinen sehr gutartig ist. Die Kranken erkranken gewöhnlich plötzlich, manchmal mit einem Schüttelfrost, und daran schließt sich ein mehrtagiges Fieber. Die Körperwärme kann ziemlich hoch werden, ja, bis 40 Grad steigen. Fast immer zeigt sich eine Rötung der Mundhaut, der Nasenschleimhaut und eine Entzündung der Nasenschleimhaut. Mandelentzündungen sind seltener zu beobachten. Erreger ist in der Mehrzahl der Fälle auch ein leichter Luftröhrenkatarrh, in der Regel ohne reichlicheren Auswurf, zu bemerken. Besonders im Anfang leiden die Kranken an Kopf- und Niederkörpern, Rückenstarke jedoch sehr. Die Kranken sind im Anfang benommen und klagen auch über Schmerzen an verschiedenen Stellen des Körpers. Manchmal sind auch Darmerscheinungen vorhanden. Die durchschnittliche Krankheitsdauer ist bisher kaum feststellbar, aber gewöhnlich ist auch bei den hochlebenden Kranken die Temperatur nach vier bis fünf Tagen wieder die gewöhnliche. Es ist bemerkenswert, daß auch junge und sehr kräftige Männer von der Krankheit erfaßt werden. Sie verläuft im allgemeinen gutartig. Auch die Erholung ist ziemlich rasch, wenn nicht Komplikationen hinzutreten. Den von Pfeiffer entdeckten Influenzaviruss habe ich bisher nicht gefunden. Was wir bis jetzt beobachtet haben, gibt zu färbeter Beobachtung noch keinen Anlaß, selbst wenn wir es hier mit einer Massenerkrankung im strengen Sinne tun hätten. Wenn ich einen Rat hinzufügen soll, so wäre es der, daß jeder Mensch, der jetzt plötzlich Fieber bekommt, sofort das Bett aussuchen und sich schonen muß. Die verzettelten und verschleppten Fälle verlaufen gewiß übler. Vox Mitteln, die die Krankheit etwa erleichtern könnten, wissen wir durchaus nichts Sichereres.

In Berlin sind in vielen großen Betrieben influenzartige Erkrankungen aufgetreten, die als die spanische Grippe angeprochen werden können. Die Allgemeine Ortskrankenkasse teilt mit, daß ihr Krankenstand seit zwei Wochen um 2000 Ansteckungen, von über 18000 auf über 18000 Ansteckungen gestiegen ist. Die Zahl der Krankmeldungen steigt täglich um 200 bis 300 Fälle, deren überwiegende Zahl als Grippe erkannt wird.

In Danzig und Börlig sind gleichfalls zahlreiche Erkrankungen festgestellt worden; ebenso im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Aus Straßburg i. S. wird berichtet, daß die Grippe im Saargebiet stark grassiert, und desgleichen wird ihr Auftreten aus den Rheinlanden gemeldet; besonders zahlreiche Fälle wurden in Köln, Bonn und Koblenz beobachtet.

In München hat die Krankheit etwa 1500 Personen ergriffen. Ziemlich hoch ist der Krankenstand bei dem Fahrgespann der Straßenbahn. Im Telephonamt sind 30 Beamten erkrankt. Eine weitere Ausdehnung der Krankheit würde die Durchführung des Telephondienstes beeinträchtigen. Von der Schuhmannschaft befinden sich 65 Mann wegen Influenza in Behandlung. Auch der Postdienst leidet infolge der Erkrankungen des Postpersonals.

In Südwürttemberg tritt sie in den meisten Städten auf und erreicht zurzeit in Karlsruhe, Mannheim und Ludwigshafen ihren Höhepunkt. Ein Drittel oder ein noch höherer Prozentsatz der Bevölkerung ist dort von ihr ergriffen. Soweit bis jetzt bekannt, verläuft die Epidemie gutartig. Im Straßenbahn- und Postwesen sind seit gestern infolge der Massenerkrankungen Störungen zu verzeichnen.

Aus Bern wird gemeldet: Die sogenannte spanische Krankheit ist jetzt auch hier aufgetreten.

Auch in Leipzig scheint die Krankheit aufzutreten. Bei der Ortskrankenkasse Leipzig-Stadt sind gestern über 100 Influenzfälle neu angemeldet worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die neue Verordnung über die Kartoffelversorgung, die jetzt vom Bundesrat im Entwurf angenommen worden ist, soll die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln und die übrigen im Zusammenhang mit der Versorgung stehenden Fragen für das Wirtschaftsjahr 1918 regeln und ist, wie wir hören, auf ungefähr denselben Grundlagen aufgebaut, wie die für das vergangene Jahr erlassene Verordnung. Man ist dabei von der Einsicht ausgegangen, daß sich die Kartoffelversorgung im letzten Kriegsjahr im allgemeinen bewährt hat, so daß man glaubte, von wesentlichen Änderungen des Systems absehen zu können.

Gegenstoss in unserer vorberen Kampflinie abgewiesen. Im übrigen brachen seine Angriffe vor unsern Hindernissen zusammen. Eine Vorstoß des Gegners westlich von Chateau-Thierry scheiterten.

Heeresgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht.

Ein starker Vorstoß des Feindes auf dem östlichen Maasufer wurde abgewiesen. Im Sundgau machen wir bei erfolgreicher Unternehmung Gefangene.

Lieutenant Udet errang seinen 40., Lieutenant Rumey seinen 29. und 30. Luftsieg.

Der erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Die Ausgaben deutscher Kriegsgefangenen bei ihrer Rückkehr, so verlangte eine Anregung des Reichskriegsministeriums, sollten zurückgestattet werden. Das Kriegsministerium teilte jetzt mit, daß tatsächlich wieder zum militärischen Dienst herangezogenen Personen des Soldatenstandes auf Antrag die ihnen durch die Flucht wirtschaftlich entstandenen notwendigen Kosten erstattet werden. Anträge auf Erstattung von Fluchtkosten sind auf dem Dienstweg bei dem Kriegsministerium eingureichen.

Zu einem Pressevertreter äußerte sich der türkische Finanzminister Osvaldo bei über den Zweck seiner Reise nach Berlin, es folle zwischen Deutschland und der Türkei das am 1. September 1918 ablaufende finanzielle Abkommen verlängert werden. Die letzte türkische Kriegsanleihe habe nicht 14, sondern 15 Millionen Wund erbracht und alle Erwartungen weit übertroffen.

Polen.

Über eine Verschwörung gegen den polnischen Staatsrat berichten Lemberger und Krakauer Blätter. Angezeigt sei sie von dem polnischen Parteiführer Studnicki, bloßgestellt seien Fürst Radziwill und andere bekannte politische Persönlichkeiten. Die Mitglieder des Regierungsrates, der Vorsteher von Ostrowski, Erzbischof Kalawski, sollten unter Androhung des Erstichtens zum Rücktritt gezwungen werden, während Fürst Radziwill durch mildere Mittel zur Abdankung gebracht werden sollte. An ihre Stelle sollte eine den Centralmächten feindliche Regierung treten. Studnicki wollte den Angehörigen des Regierungsrates Ingenieur Zbierski in die Verschwörung einbezogen, der den Regierungsrat aber von dem Plan in Kenntnis setzte.

Rußland.

In einem Kampfaufzug gegen die revolutionäre Bewegung schreibt die „Sovietia“, man habe jetzt Juden in der Hand, die von den früheren Verbündeten Russlands geflohen waren, um Russland von neuem ins Unglück des Krieges zu stürzen und damit die bürgerliche Sozialrevolution herauszuführen. Die Lage der Ratsregierung, so heißt es, ist ernst; sie fordert deshalb alle ihr Ergebenen auf, mit allen Mitteln jede bolschewistisch-revolutionäre Regierung von einzelnen oder Gruppen unabhängig zu machen. Die Londoner „Times“ meldet aus Moskau: Die Sowjetwahlen in ganz Russland haben den Bolschewiki 52 % aller abgegebenen Stimmen zugesetzt.

Rumänien.

Ministerpräsident Marghiloman wird sich nach der Genehmigung des Friedensvertrages durch den Senat mit dem Minister des Außenamtes nach Wien begeben zum Abschluß der ratifizierten Urkunden. Der rumänische Hof wird von Jassy nach Bucuca, einem kleinen Ort in der nördlichen Moldau, überstiegen. Die neue rumänische Regierung wird dem König das Recht nehmen, allein Frieden und Bündnisse zu schließen und den Krieg zu erklären. — Die kriegsschuldigen Bratișov, Tătărescu und 200 rumänische Politiker sind über Wien nach die Schweiz gekommen. Es ist auffällig, daß man den verbrecherischen Ministern die Ausreise gestattete in dem Augenblick, da das rumänische Parlament sie unter Anklage stellen will.

Aus In- und Ausland.

Wien, 8. Juli. Der frühere Minister des Äußeren Gra. Czernin ist von Kaiser Karl in dreiviertelständiger Audienz empfangen worden.

Wien, 8. Juli. Reichskanzler Graf Berchtold und Staatssekretär v. Kühlmann werden am 8. d. Mon. hier erwartet.

Budapest, 8. Juli. Die ungarische Wahlreform wird noch diesen Monat im Abgeordnetenhaus erledigt werden.

Amsterdam, 8. Juli. Die Amtszeit des holländischen Parlaments soll bis zum 20. Januar verlängert werden.

Hag, 8. Juli. Ein Gesetz wird Präsident Wilson erlaubigen, das Streitrecht aufzuhaben.

Stockholm, 8. Juli. Bei den Wahlen in Petersburg trugen die Sozialdemokraten mit 308 gegen 35 Mandate andere Parteien einen großen Sieg davon.

Zürich, 9. Juli. Die „Schweizer Morgenzeitung“ meldet abgesehen eine Räuberentfernung von Flugschriften für den monarchischen Gedanken in ganz Frankreich bestreikt wird. Vertrag von Orleans soll nach diesen Schriften zum König anstreichen sein.

Grenz, 9. Juli. Die französische Presse der Rechten, besonders das „Gaz de Paris“, verbürtet sich dem in Passy lebenden Kerenski gegenüber sehr sarkistisch. Die Blätter erklären, Kerenski sei nichts weiter als ein ehemaliger Adelsreicher.

Neueste Meldungen.

Bayer als Zeuge im Küblmannprozeß.

Berlin, 8. Juli. Wie von außerordentlicher Seite verlautet wird in dem morgen beginnenden Küblmannprozeß aus Bielefelder v. Bayer als Zeuge vorgeladen werden.

Abwehr starker italienischer Angriffe.

Wien, 9. Juli. Der heutige Herrschaftsbericht meldet Gegen am frühen Morgen feste an der ganzen Piavefront von Euganeo abwärts heftiges italienisches Geschützfeuer ein, das sich südlich von San Dona in mehreren Abschnitten bis zum Trommelfener stieß. Einige Stunden später ging im Piavedünungsgebiet die feindliche Infanterie zum Angriff über. Zur erbitterten, den ganzen Tag überwährenden Auseinandersetzung vermochte der Gegner, abgesichert von einem Raumgewinn bei Chioggia, hierbei keine Erfolg zu erlangen. Auch sein Versuch, am Südflügel, bei Nevedoli, unter dem Schutz feindlicher Seeschiffe, Infanterie und Land zu bringen, schiedete in unsichtbarem Scheiter. Ein italienischer Übergangsversuch bei Genova wurde vereitelt.

Leichte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

14.500 Tonnen versenkt.

Berlin, 8. Juli. Amlich wird gemeldet: Im Seegebiet um England wurden durch unsere U-Boote 14.500 Br. Reg. To. versenkt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

In Erwartung einer neuen Großschlacht im Westen.

Wien, 4. Juli. (tu.) Die Wiener Mittagszeitung meldet aus Rotterdam: Die Morningpost schreibt, daß Anzeichen dafür vorliegen, den Beginn einer erneuten und ungehinderter Siegeschlacht im Westen zu erwarten. Die Armeemissionen der Alliierten hätten sich demgemäß an die Front begeben.

Die Friedensoffensive!

Zürich, 4. Juli. (tu.) Eine besondere Seite antwortet in der Zürcher Morgenpost auf die Frage, ob die militärische Entscheidung im Westen uns dem Frieden näherbringe, bejahend. Wenn die deutsche Armee neuerdings Beweise ihrer ungebrochenen Stärke zu erbringen vermöge, würde die Entente geneigt sein, in Friedensbetrachtungen einzutreten. Wird die Hoffnung der Franzosen, den Feind aus Frankreich zurückzuwerfen, neuerdings getäuscht, dann hat der kommende Kampf sein Ziel als Friedensoffensive erreicht.

Zu den Fliegerangriffen auf Paris.

Genf, 4. Juli. (tu.) Der „Progrès de Lyon“ meldet, daß die Fliegerangriffe auf Paris vom 27. Juni furchtbare Verheerungen angerichtet hätten. — „Petit Parisien“ berichtet, daß ein großes Verwaltungsgebäude auf das Schwerste beschädigt wurde. Ein Mitarbeiter des „Petit Parisien“ hat den Hausbesitzer des Gebäudes ausgefragt, und aus dessen Mitteilungen geht hervor, daß das Gebäude vollständig zerstört worden ist.

Nah und Fern.

© Brokertäfelscher. In Hannover sind dreißig Personen, darunter Bäckermeister aus Hannover und Baden, wegen Brokertäfelschung verhaftet worden.

© Eine schwere Explosion ereignete sich in der Gasnotfallstation in den Midlands bei London. Zwischen 60 und 70 Personen wurden getötet.

© Eine neue deutsche Schule in Brüssel. Dieser Tage wurde in Brüssel ein neues Gebäude für die während des Krieges gegründete deutsche Schule eingemeistert. Zu Vertröpfung des Generalkommissars für Belgien war der Gouverneur für Brüssel und Brabant, Generalleutnant Eggersen, hinzugekommen und mit ihm die Leiter der deutschen Regierungsbüros. Der Deutsche Schulverein in Brüssel besteht jetzt ein Realgymnasium, eine höhere Mädchenschule mit Universitätsstudium, drei Kindergarten und drei Volksschulen, darunter eine Waldschule. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen übersteigt 800, die Lehrkräfte 50.

© Direkte Verbindung Copenhagen—Petersburg. Die Vorbereitungen zu einer Dampferverbindung zwischen Copenhagen und Petersburg sind in vollem Gange. Der erste Dampfer soll binnen kurzer Zeit von Copenhagen abfahren. Es besteht die Absicht, wöchentlich zwei Dampfer in jeder Richtung laufen zu lassen.

© Eine neue Forschungseinrichtung nach Spitzbergen. Der Eröffnung der Kohlenreichtümer Spitzbergens soll die der Phosphatkäse folgen. Wie aus Stockholm berichtet wird, hat die schwedische Superphosphat-Handelsgesellschaft der schwedischen Regierung einen Plan unterbreitet für eine neue wissenschaftliche Untersuchung Spitzbergens, die das Vorkommen von Phosphatkörpern besonders berücksichtigen will. Die Kosten der Forschungseinrichtung werden auf 150.000 bis 200.000 Kr. veranschlagt.

© Ziviliengarnierung in Braunschweig. Der braunschweigische Landtag hat eine Gesetzesvorlage zur Bevölkerungssteuerung erlassen, die unbewohnter Wohnungen für zwangsweise Einquartierung wohnungsloser Bürgervölkerung angenommen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 4. Juli.

Merkblatt für den 5. Juli.

Sonnenaufgang 4⁴⁰ Mondaufgang 1³⁰ B.
Sonnenuntergang 9²² Monduntergang 6²⁷ M.

— Ein besonderer Militärschreibbrief wird am 15. August eingeführt. Die bisherigen Schreibbriefe für militärische Sendungen werden von diesem Tage an nicht mehr verwendet. Das neue Muster wird verwendet für Militärgegen, Privatgegen, für die Militärverwaltung und für Privatgegen für Heeresangehörige.

— Eßigbereitung aus Obstsaften. Die Obstsaften, Obstgele, Obstgelee, die Rückstände beim Einkochen des Obstes, sowie alles Fallobst werden zerkleinert, zerquetscht, gerieben oder geschnitten. Diese Obstmasse wird in ein trockenes Glas- oder Tongefäß gegeben und mit lauwarmem Wasser so hoch übergeossen, daß sie davon gerade bedekt ist. Das gefüllte Gefäß wird an einen gleichmäßig warmen Ort (Herd) gestellt und die Säuerung durch Beigabe einer geringen Menge fertigen Obstessigs (nicht Essig) eingeleitet. Die Zugabe von Sauerkraut oder Schwarzbrot ist weniger empfehlenswert, kann aber in Ermangelung anderer Eßigzuckerzucker verwendet werden. Nach dem Säuerwerden der Obstmasse wird diese durch ein Tuch durchgepresst und der dadurch gewonnene Eßig zwecks Nachsäuerung in ein zweites Gefäß gefüllt. Zur Stärkung des Eßigs kann eine geringe Menge Brannwein während der Nachsäuerung gegeben werden. Ist die Eßigbereitung beendet, so wird ein Teil des Eßigs in Gläsern abgefüllt und kühl aufbewahrt.

Zum verbleibenden Rest wird neuer angeseelter Saft vom ersten Gefäß nachgefüllt, so daß eine ständige Essigerzeugung eintritt, die so lange dauert, als es Obstabfälle im Haushalt gibt.

— Weitere Ausdehnung der spanischen Krankheit. Wie auch in verschiedenster Seite verlaufen, sind in letzter Zeit auch in verschiedenen Orten Thüringens Erkrankungen an spanischer Grippe aufgetreten. Die Fälle sind durchweg günstig verlaufen, so daß nicht der geringste Grund zu irgendwelcher Besorgnis vorliegt.

— Wie die Moritzburger Waldungen, so ist auch der Oberauer Forst zu Beginn der für den 1. Juli festgesetzten Heidesbeerernte von Tausenden von Pfücken besucht worden. Schon in der Nacht vom Sonntag zum Montag waren die nach dort führenden Straßen von Männlein und Weiblein, kleinen und großen, bevölkert. Nicht nur unter Ort, sondern die ganze Umgebung und selbst Dresden stellten Mannschaften. Das mühsame Pfücken lohnte aber nicht so recht; durchschnittlich wurden von den meisten nur etwa 4 bis 5 Eiter nach Hause getragen.

— Rathen. Der verbotene Kletternsport hat abermals ein Opfer gefordert. Sonntag abend ist in der Nähe der Bastei, vom sogenannten Wehlsturm, ein junger Mann von 27 Jahren abgestürzt. Infolge Schädelbruchs war der Tod sofort ein.

— Zittau. Ein weiblicher Bäckermeister durfte demnächst hier tätig sein. Die Frau eines im Heeresdienste stehenden Bäckermeisters hat die Gewerbeamtsschule um die Zulassung zur Meisterprüfung gebeten, damit sie sich das Recht zur Leitung von Lehrlingen erwerben kann. Seit der vor drei Jahren erfolgten Einberufung ihres Mannes zum Heeresdienste habe sie den Betrieb selbstständig geleitet und sich so viel praktische Kenntnisse angeeignet, daß sie nunmehr in die Meisterprüfung eintreten möchte. Die Gewerbeamtsschule hat nach Anhörung der Bäckerinnung beschlossen, die Frau in Anerkennung der von ihr ausgeübten praktischen Tätigkeit zur Meisterprüfung zuzulassen, sofern sie sich vorher der Gesellenprüfung unterzieht. Die Gesellenprüfung war bereits mit Erfolg.

— Traunstein in Bayern. Ein strammer Gendarmeriewachtmeister, der seinen Dienst — die Geschichte spielt nicht sehr weit von Traunstein in Bayern — recht ernst nimmt, (die Hintersitzer können ein Lied davon singen) fühlt sich nicht mehr wohl und begibt sich zum dortigen Arzt, einen etwas geradlinigen Herren. Es entspinnst ich folgende Unterhaltung: „Na, Herr Wachtmeister, wo fehls?“

— Im Magen, Herr Doktor, immer stärker auftretende Schwäche usw.“ Folgt kurze Untersuchung und als Ergebnis: „Sie sind unterernährt.“ „Glaube ich auch“, sagt der Wachtmeister. „Leben Sie vielleicht nur von den Marken?“ fragt der Jünger Askulaps. „Ja!“ antwortete der Geistreiche. „Na, dann tut mir's leid, alsdann kann ich auch nicht helfen.“ sagt der Herr Doktor mit so einem recht spöttisch-mitleidigen Blicke.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schmitz in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. R. Görner, für den Inseratenteil: Arthur Schmitz, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Nachstehende Verordnung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 21. Juni 1918 wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Meißen, am 28. Juni 1918.

Die Königliche Amtshauptmannschaft und der Stadtrat.

Bekanntmachung

betreffend Meldung der Aushilfslieferungen von Kohle, Koks und Briketts durch die Lieferer.

Auf Grund der §§ 1, 2 und 6 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 167), der §§ 1 und 7 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 193) und §§ 1, 2 und 5 der Verordnung des Bundesrats über Auskunftsplicht vom 12. Juli 1917 (R.-G.-Bl. S. 604) wird bestimmt:

§ 1.

Jeder Lieferer (Händler), der einem meldepflichtigen gewerblichen Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts Brennstoffe abgegeben hat, ohne daß in Beziehung auf diese Brennstoffabgabe die vorschriftsmäßige Reichs-Monatsmeldekarte bei ihm eingereicht und von ihm ordnungsgemäß weitergegeben worden war, hat diese Brennstoffabgabe in der Zeit vom 1. bis 5. des auf die Versendung folgenden Monats zu melden.

§ 2.

Die Meldung geschieht auf einem „Meldeschein für Aushilfslieferung“, der von den Amtlichen Verteilungsstellen für 5 Pf. das Stück zu beziehen ist.

§ 3.

Auf der Vorderseite dieses Meldescheins ist die Aushilfslieferung in gleicher Weise zu melden, wie sie der betreffende Verbraucher in der Monatsmeldekarte zu melden hat. Der Meldeschein ist eingeschrieben an denjenigen Vorlieferer weiterzusenden, von dem der meldepflichtige Lieferer den Brennstoff bezogen hat; auf der Rückseite des Meldescheins ist dabei die Weiterleitung nach Vordruck zu vermischen.

In gleicher Weise reichen der Vorlieferer und seine Vormänner den Meldeschein weiter, bis er zum Hauptlieferer kommt; dieser sendet ihn der Amtlichen Verteilungsstelle zu.

§ 4.

Wurde die auf einem Meldeschein gemeldete Brennstoffmenge bei mehr als einem Vorlieferer bezogen, so ist der ursprüngliche Meldeschein an den Vorlieferer des größten Mengenanteils weiterzuleiten. In dem für „Bemerkungen“ auf der Rückseite vorgeesehenen Raum ist einzutragen, in welcher Weise sich die Gesamtmenge auf die einzelnen Vorlieferer verteilt.

Je eine wortgetreue Abschrift dieses so behandelten Scheins ist an die Vorlieferer der Restmengen abzufinden. Für die weitere Behandlung dieser Abschriften sind die für den Meldeschein selbst geltenden Vorschriften maßgebend.

§ 5.

Hat ein Lieferer (Händler) in einem Monat Brennstoffe an einen anderen Lieferer (Händler) abgegeben, an den er in dem Liefermonat vorangegangen Monat Brennstoff nicht abgegeben hatte, so hat er in den ersten 5 Tagen des auf die Abgabe folgenden Monats an die für die abgegebenen Brennstoffe zuständigen amtlichen Verteilungsstellen mit eingeschriebenem Brief eine Meldung folgenden Wortlauts zu machen:

„Ich habe im Monat Brennstoffe aus dem Bezirk Ihrer Verteilungsstelle an folgende, von mir in dem vorhergehenden Monat nicht belieferte Händler abgegeben: (folgt Aufzählung der Namen und Adressen der Händler).“

§ 6.

Von der im § 5 vorgeschriebenen Meldung ist demjenigen Vorlieferer Abschrift durch eingeschriebenen Brief zu übersenden, von dem die der Meldung zugrunde liegenden Brennstoffe bezogen waren.

Der Empfänger einer solchen Meldung hat sie mit einem von ihm rechtsverbindlich gezeichneten Weiterleitungsschluß durch eingeschriebenen Brief an denjenigen Vorlieferer zu senden, von dem er die der Meldung zugrunde liegenden Brennstoffe bezogen hat; für den weiteren Lauf der Meldung gilt entsprechend § 3 Abs. 2 dieser Bekanntmachung.

§ 7.

Zurückschuldungen gegen diese Bekanntmachung werden nach § 7 der Bekanntmachung vom 28. Februar 1917 (RGBl. S. 193) mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen, bei Fahrlässigkeit gemäß § 5 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats vom 12. Juli 1917 (RGBl. S. 604) mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.

§ 8.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 1918 in Kraft.

Berlin, am 21. Juni 1918.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

J. B.: Rei.

Durch Beschluss der Königl. Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß ist die Bestimmung unter Ziffer 6 der **Aufnahmeverordnungen für die Bezirksanstalt zu Böhniß** vom 25. April 1911 mit Rücksicht auf die jetzige Teuerung bis auf weiteres dahin abgeändert worden, daß für die von dem Jöglung bei seiner Aufnahme mitzubringenden Meldungsstücke, wenn deren Beschaffung von der Anstaltsverwaltung gewünscht wird, an Stelle von 20 Mark künftig 100 Mark an die Kasse der Königl. Amtshauptmannschaft zu zahlen sind.

Meißen, am 28. Juni 1918.

1180 VI.

Unter dem Pferdebestande des Gutsbesitzers Br. Bormann in Herzogswalde und Grünberg in Helbigsdorf ist die Rände ausgebrochen.

Die Rände in dem Gehöft des Gutsbesitzers Lamme in Herzogswalde, Gerichtsbesitzer Kaiser in Grumbach und Rittergutsbesitzer Böhme in Klipphausen ist erloschen.

Meißen, am 20. Juni 1918.

Reg. V.

Königliche Amtshauptmannschaft.

2074 Kirchen-Verkauf. Freitag Nr. 1851—2150 je 1 Pfund.

Wilsdruff, am 4. Juli 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Grumbach.

Sonnabend den 6. Juli 1918 im Gemeindeamt Markt-Ausgabe

vormittags	10—11 Uhr	Hausnummern	1—30b,
	11—12 Uhr	"	31—60,
nachmittags	3—4 Uhr	"	61—90,
	4—5 Uhr	"	91—120,
	5—6 Uhr	"	121—151.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Marken nur während der oben angegebenen Zeit verabfolgt werden und daß dieselben bei Empfang sofort an Ort und Stelle genau nachzuprüfen sind, da nachträgliche Einwendungen unberücksichtigt bleiben müssen.

Grumbach, am 4. Juli 1918.

2075 Der Gemeindevorstand.

Inseraten-Teil.

Den geehrten Bewohnern von Stadt und Land zur ges. Kenntnisnahme, daß

Klavierstimmer Sachse

in den nächsten Tagen nach Wilsdruff kommt. Ges. Meldungen von Aufträgen sind nach „Stadt Dresden“ zu richten.

Eine Grasmähmaschine mit Verlängerung,

gut erhalten, zu verkaufen. Broditz Nr. 27 b. Coswig (Sachsen).

Ein zuverlässiges, fleißiges Mädchen

vom Lande, welches Kochen erlernen will, wird für 1. Aug. gesucht.

Elise Gerlach, Niederwartha.

1 neues Haus,

in der Nähe d. Bahnhofes ist preiswert unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. unter 2643.

Einspanner-Tafelwagen

wird zu kaufen gesucht. Ges. Angebote unter 2670 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Flettes, sanberes

Dienstmädchen welches auch etwas Feldarbeit mit zu machen hat, sucht zum 1. 8. Frau Hildebrand, Möbel-Geschäft, Wilsdruff.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 11 Uhr vor-

mittags anzugeben.

Oldenburger und Wesermarsch Milch- und Zuchtvieh-Verkauf.

Bon Montag den 8. Juli ab stellen wir einen großen Transport prima hochtragende und frisch gekälte

Rühe und Kalben (alles Herdbuchtiere) bei uns zum Verkauf.

Hierzu gewährt der Sächsische Viehhändels-Verband

den Landwirten 20 Prozent Ankaufsbeihilfe.

Meißen, Bahnhof. Max Riesel. Berater 292. Ind.: S. de Leve & H. Stoppelmann.

Schickt das „Wilsdruffer Tageblatt“ ins Feld! Abonnement bei täglicher Aussendung monatlich 1,20 M.

Gasthof Deutsches Haus, Körsdorf.

2076 Sonntag den 7. Juli

Musikalischer Abend. Einstimmige Frauen-

chor u. ein Singspiel. Beginn 1/2 9 Uhr.

Eintritt 0,75 Mk.

Grumbach. Lebensmittelversorgung.

Freitag den 5. Juli:

Kunsthonig, 250 Gramm für 38 Pf. auf Bezugsmarke Nr. 16.

Nährmittelabgabe gegen Abtrennung von 10/10 Ab-

schnitten 11a—15b:

1. der gelben Nährmittelarten: 250 Gramm Graupen und Nudeln, 5 Würfel Knörrs Suppen;

2. der blauen Nährmittelarten: 150 Gramm Graupen und Nudeln, 3 Würfel Knörrs Suppen;

3. der roten Nährmittelarten: 100 Gramm Graupen und Nudeln, 2 Würfel Knörrs Suppen.

Verkaufspreis: Graupen das Pfund 36 Pf., Nudeln 82 bez. 60 Pf., Suppenwürfel das Stück 10 Pf.

Grumbach, am 4. Juli 1918.

Der Nahrungsmittel-Ausflug.